

# Limmattaler Zeitung

---

abo+ ALARMIERUNG IN KRISEN

## Kanton Zürich appelliert an den Bund: Notfallradio soll erhalten bleiben

Im Zusammenhang mit der UKW-Abschaltung per Ende 2026 will der Bund auch dem Notfallradio den Stecker ziehen. Aus diversen Kantonen gibt es Widerstand – besonders starken aus Zürich.

Sven Hoti

25.09.2025, 11.30 Uhr

1 Kommentar

abo+ **Exklusiv für Abonnenten**



Das IBBK-Radio ist so leistungsstark, dass man es auch in Schutzräumen noch empfangen kann.

Bild: Keystone

Es ist das letzte Bollwerk der Schweizer Notfallkommunikation, das System zur Information der Bevölkerung durch den Bund in Krisenlagen, kurz: IBBK. Es funktioniert auch noch an Orten, wo der Mobilfunk oder Sirenen nicht mehr durchdringen können. Die starken Signale erreichen sogar Radios innerhalb von Schutzräumen. Doch der Bund will das Notfallradio, wie generell den UKW-Rundfunk, per Ende 2026 abschalten und die Infrastruktur rückbauen. Der Kanton Zürich wehrt sich nun dagegen.

Wie der Regierungsrat in einer kürzlich veröffentlichten Antwort auf eine Anfrage aus dem Kantonsrat durchblicken lässt, hat ihn der Bund am 7. Juli betreffend Notfallradio vor vollendete Tatsachen gestellt. Denn statt die Behörden vorab zu informieren, erfuhren diese offenbar erst durch die öffentliche Bekanntgabe vom Entscheid.

Die Kantonspolizei Zürich sei jetzt mit einem entsprechenden Begehren an das Bundesamt für Bevölkerungsschutz (Babs) gelangt, das zum Eidgenössischen Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport von Bundesrat Martin Pfister (Mitte) gehört. Der Regierungsrat schreibt: «Der Kanton Zürich fordert vom Bund, dass das System erhalten bleibt und technologisch so erweitert wird, dass es weiterhin als robuste Rückfallebene genutzt werden kann.»

### **«Nichts Gutes für die Sicherheit»**

Mit ihrem von Mitgliedern von SP bis SVP unterschriebenen Vorstoss hat Kantonsrätin Jeannette Wibmer (Mitte, Laufen-Uhwiesen) beim Regierungsrat scheinbar offene Türen eingerannt. Nur gerade neun Tage hat es gedauert, bis dieser auf ihre Anfrage antwortete. Und zwar ohne Dringlichkeitserklärung seitens Parlament.

Ist bald Sendeschluss beim UKW-Notfallradio?

Bild: Keystone

Wibmer zeigt sich «hocherfreut» über die rasche Antwort des Regierungsrats. Dass dieser sich in Bern für das Notfallradio einsetzen will, überrascht sie positiv. Sie finde es essenziell, dass ein technologisch erweitertes und gesichertes nationales Schweizer Alarmierungssystem weiter bestehen könne. «Setzen die Schweizer Behörden nur noch auf öffentlich zugängliche Systeme, dann bedeutet das nichts Gutes für die Sicherheit unserer Bevölkerung in der aktuellen internationalen Lage.»

Sie wolle das Thema «Bevölkerungsschutz» aufgrund seiner Wichtigkeit und Dringlichkeit schnell weiterverfolgen und sich diesbezüglich mit dem zuständigen Sicherheitsdirektor Mario Fehr (parteilos) abstimmen, kündigt Wibmer an.

### **Bund will Notfalltreffpunkte weiterentwickeln**

Der Bund hatte das Aus des Notfallradios damit begründet, dass in künftigen Einsatzszenarien die Bevölkerung kaum noch für längere Zeit und weitläufig Schutzräume beziehen werde. Damit verliere das Notfallradio an Bedeutung. Zudem ist die Rede von jährlichen Betriebskosten von 35 Millionen Franken. Der Bund plädiert dafür, die verfügbaren Mittel stattdessen in «rasche, vielseitige Alarmierungskanäle» zu stecken und die Notfalltreffpunkte weiterzuentwickeln.

«Angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage ist dies ein unhaltbarer Zustand», sagt Mittkantonsrätin Jeannette Wibmer.

Bild: zvg/Markus Senn

Für Wibmer ist das kein guter Ersatz. Die Notfalltreffpunkte finde man auf einer Karte, die nur im Internet einsehbar sei. Weitere vergleichbare Alternativen zum Notfallradio gebe es keine. Dies führe dazu, dass die Bevölkerung ab dem 1. Januar 2027 «in ausserordentlichen Lagen nicht mehr im bisherigen Leistungsumfang umfassend und sicher informiert

werden» könne. «Angesichts der veränderten sicherheitspolitischen Lage ist dies ein unhaltbarer Zustand», schreibt Wibmer in ihrem Vorstoss.

Zumal das Notfallradio in einem guten Zustand und milizmässig betreibbar sei, auch bei Stromausfällen funktioniere und weitgehend resistent gegen Cyberangriffe sei, so Wibmer. Zudem liesse es sich auch mit jedem Gerät mit DAB+-Standard empfangen.

### **Zürich möchte keine eigene Lösung**

Das Notfallradio gibt es seit 1977, damals noch unter dem Namen UKW77. Es ersetzte ein System aus dem Zweiten Weltkrieg. Ziel des Notfallradios ist es, mindestens 85 Prozent der Bevölkerung mit Informationen zu versorgen, und zwar bis ins zweite Untergeschoss. Das leistungsstarke System nutzt die Infrastruktur der SRG, jedoch ergänzt durch vom Bund betriebene Zusatzelemente. Die Anlagen sind besonders gut geschützt und können in Betrieb gehen, wenn andere Anlagen nicht mehr zur Verfügung stehen.

Der Bund hatte das Alarmierungssystem in den vergangenen Jahren einsatzbereit gehalten. Die letzte Modernisierung schloss er 2014 ab. Sie kostete rund 35,7 Millionen Franken – wissend, dass die Nutzung nicht mehr lange vertraglich geregelt sein wird, wie der Bundesrat 2018 in einer Antwort auf eine Interpellation aus dem Nationalrat schrieb. Dass er das System komplett abschalten wird, war noch nicht klar. Als eine Option erachtete er es damals auch, UKW alleine im Rahmen von IBBK weiterlaufen zu lassen. Diese Idee starb jedoch offensichtlich.

Zürich ist nicht der einzige Kanton, in dem sich nun Widerstand gegen das Vorgehen des Bundes regt. So haben etwa Mitglieder des Nidwaldner Parlaments im April eine Motion eingereicht. Sie fordern die Regierung auf, gleichwertige Lösungen für die Zeit ab 2027 zu erarbeiten. [Auch im Kanton Zug verlangen verschiedene Kantonsparlamentarier](#), dass der Kanton die Notfallkommunikation in die eigenen Hände nimmt.

Für den Kanton Zürich hingegen kommt ein solcher Alleingang nicht infrage, wie der Regierungsrat auf den eingangs erwähnten Vorstoss klarmachte. Denn: «Der Kanton Zürich hält den Betrieb eines eigenständigen kantonalen Systems für nicht zielführend. Sowohl aus operationellen als auch aus ökonomischen Gründen ist eine schweizweite Lösung anzustreben.»

## 1 Kommentare

### Werner Meister

vor 1 Stunden

Der Bund (BR) will dem Notfallradio den Stecker per Anfangs 2027 ziehen!? Dann ist die Notfallkommunikation komplett Tod. Das IBBK-Radio (Information der Bevölkerung durch den Bund in Krisenlagen mit Radio) ist nachher ebenfalls TOD wie wir alle. Das GPS-Signal funktioniert mit dem neuen 4 und 5 G-Netz jetzt im Tunnel schon nicht mehr!? Das sagt alles aus.

### 0 Empfehlungen

Alle Kommentare anzeigen

Copyright © Limmattaler Zeitung. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Limmattaler Zeitung ist nicht gestattet.